

Russische Parteien vor der Staatsdumawahl

Schneider, Eberhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1995). *Russische Parteien vor der Staatsdumawahl*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 60/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45821>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Russische Parteien vor der Staatsdumawahl

Zusammenfassung

An der Neuwahl der Staatsduma am 17. Dezember 1995 können sich über 259 Parteien, Wählerbündnisse und Wahlblöcke beteiligen. Um ihre Liste für die Staatsdumawahl registrieren lassen zu können, müssen sie nach Artikel 39 des neuen Wahlgesetzes vom 21. Juni 1995 200.000 Unterschriften vorlegen. Von den Parteien werden wahrscheinlich nur die "Liberaldemokratische Partei Rußlands" (LDPR), die "Kommunistische Partei der Russischen Föderation" (KPFR) und die "Agrarpartei Rußlands" (APR) an der Wahl teilnehmen. Die Reformpartei "Demokratische Wahl Rußlands" zieht es vor, zur Staatsdumawahl im Rahmen des von ihr geschaffenen Wahlblocks "Vereinigte Demokraten" anzutreten, der im Rahmen einer zweiten Analyse behandelt wird. Selbst wenn Umfragen mit aller Vorsicht interpretiert werden, so ist doch nicht zu übersehen, daß von den reformfeindlichen Parteien die KPFR und in ihrem Schlepptau die APR die LDPR auf den zweiten Platz verwiesen haben. Demnach haben diejenigen Parteien Wahlchancen, die nostalgische Sehnsüchte ansprechen und zugleich die soziale Problematik aufgreifen.

An der Neuwahl der Staatsduma am 17. Dezember 1995 können sich über 259 beim russischen Justizministerium registrierte Parteien, Wählerbündnisse und Wahlblöcke beteiligen.¹ Um ihre Liste für die Staatsdumawahl registrieren lassen zu können, müssen eine Partei oder ein Wählerbündnis bzw. ein

¹ Segodnja, 27.7.1995. Rossijskaja gazeta, 25.8.1995.

Wahlblock nach Artikel 39 des neuen Wahlgesetzes vom 21. Juni 1995² 200.000 Unterschriften erbringen, wobei nicht mehr als 7 Prozent aus einem Föderationssubjekt stammen dürfen.²

Von den 1993 registrierten 140 Parteien, Wählerbündnissen und Wahlblöcken schafften es nur 13 Parteien, Wählerbündnisse und Wahlblöcke, die damals erforderlichen 100.000 Unterschriften (nur 15% in einem Föderationssubjekt) für ihre Zulassung zur ersten Staatsdumawahl am 12. Dezember 1993 vorzulegen.³ In diesem Jahr dürften wahrscheinlich nur neun Parteien, Wählerbündnisse und Wahlblöcke in der Lage sein, diese Hürde vor der Registrierung bis zum 23. Oktober 1995 - der letzte Tag für die Registrierung ist der 55. Tag vor der Wahl - zu nehmen. Von den Parteien werden wahrscheinlich nur die folgenden (in der chronologischen Reihenfolge ihrer Registrierung) an der Wahl teilnehmen können: die "Liberal-demokratische Partei Rußlands" (LDPR), die "Kommunistische Partei der Russischen Föderation" (KPFR) und die "Agrarpartei Rußlands" (APR).

Liberal-demokratische Partei Rußlands (LDPR)

Über die LDPR und ihren Vorsitzenden Wladimir Schirinowskij ist schon viel geschrieben worden, was hier nicht wiederholt zu werden braucht. Auch das BIOst hat sich mehrfach zu Schirinowskij und zur LDPR geäußert. Nur einige Daten sind festzuhalten: Die LDPR, die am 31. März 1990 als "Liberal-demokratische Partei der Sowjetunion" gegründet worden war, wurde am 14. Dezember 1992 zum zweiten Mal registriert, weil ihre frühere Registrierung wegen grober Verletzung der Gesetze durch die Vorlage gefälschter Dokumente annulliert werden mußte. Schirinowskij beziffert die Mitgliederzahl der LDPR 1993 auf über 40.000.⁴ Nach einer neueren Quelle soll die LDPR 170.000 Mitglieder in allen Föderationssubjekten haben.⁵

Bei der Staatsduma-Wahl 1993 erreichte die LDPR mit 22,9% das beste Listenergebnis, was fast eine Verdreifachung der 7,8% bedeutet, die Schirinowskij am 12. Juni 1991 bei der Präsidentenwahl erhalten hatte. Da die LDPR wegen ihrer geringen Verankerung in der Provinz allerdings nur vier Direktmandate erringen konnte, bildete sie in der Staatsduma unter der Leitung Schirinowskij mit 63 Abgeordneten (14,2%) nur die zweitgrößte Fraktion, die inzwischen nach dem Austritt einiger wichtiger LDPR-Abgeordneten auf 54 Deputierte geschrumpft ist.⁶ Die LDPR stellt einen Stellvertretenden Vorsitzenden der Staatsduma und betreibt eine intensive Komiteearbeit: Die LDPR-Fraktion konnte fünf Komiteevorsitzende und doppelt so viel Stellvertretende Komiteevorsitzende durchsetzen. Die meisten Mitglieder entsandte die Fraktion in das Komitee für Fragen der Geopolitik, das extra für die LDPR geschaffen worden war, um die Fraktionsmitglieder nach Möglichkeit vom Komitee für internationale Beziehungen fernzuhalten.⁷

Die programmatischen Ziele der LDPR lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Schaffung eines nationalen Einheitsstaats mit einer rein administrativen Aufteilung in große Gouvernements in den Grenzen der ehemaligen Sowjetunion unter Vorherrschaft der Russen,
- Ablehnung der westlichen Demokratie und statt dessen Errichtung eines autoritären bis diktatorischen Regimes,
- Begrenzung der Privatisierung und in unterschiedlichem Maße staatliche Planung sowie administrative Lenkung der Wirtschaft,

¹ Rossijskaja gazeta, 28.6.1995.

² Vgl. zum Wahlgesetz: Schneider, Eberhard, Der Streit um das russische Parlamentswahlgesetz. Aktuelle Analysen des BIOst, 58, 1995.

³ Vgl. zur Staatsdumawahl 1993: Schneider, Eberhard, Die russischen Parlamentswahlen 1993 und die neue Verfassung. Berichte des BIOst, 15, 1994.

⁴ Rossijskaja gazeta, 15.10.1993.

⁵ Belin, Laura/Ortung, Robert W., Parties Proliferate on Eve of Elections, in: Transition, 17, 1995, S. 50.

⁶ Belin/Ortung ebenda.

⁷ Vgl. dazu auch: Schneider, Eberhard, Die nationalistische und die kommunistischen Fraktionen der russischen Staatsduma. Berichte des BIOst, 28, 1995.

- Förderung des militärisch-industriellen Komplexes,
- Aufbau einer starken Armee sowie
- Wiederherstellung des Großmachtstatus Rußlands, das eine mehr oder weniger isolationistische Außenpolitik betreiben wird ohne Mitgliedschaft in der NATO, in der Europäischen Union und im Europa-Rat. Statt dessen möchte Schirinowskij als Reaktion auf die mögliche Osterweiterung der NATO ein neues Verteidigungsbündnis gründen, dem außer Rußland die Ukraine, Weißrußland, Bulgarien, Serbien, Mazedonien und die Slowakei angehören.¹

Die LDPR-Liste führen neben Schirinowskij der Vizepräsident der Staatsduma, Alexander Wengerowskij, und das Mitglied im Komitee der Staatsduma für Sicherheit, Sergej Abelzew, an.² Wengerowskij, Jahrgang 1953, ist im LDPR-Schattenkabinett Regierungschef und zugleich Nachrichtenchef. Er absolvierte das Moskauer Luftfahrtinstitut als Ingenieur für Radiotechnik im Rang eines Offiziers für militärische Raumfahrt und arbeitete dann in einem Rüstungsforschungsinstitut. Später leitete er eine Hauptverwaltung im Russischen Komitee für Informatik. Wengerowskij - bis 1991 KPdSU-Mitglied - ist ein erfahrener Spionageabwehrmann und hat gute Kontakte zum militärisch-industriellen Komplex, besonders zur Raumfahrt, sowie zu Unternehmen der Chemie- und Holzindustrie. Wengerowskij ist der engste Berater Schirinowskij und hat großen Einfluß auf die Leitung der Partei.³

Abelzew, Jahrgang 1961, absolvierte 1982 die Offiziershochschule und arbeitete dann bis 1985 als Offizier der Militärspionage (GRU). Anschließend versuchte er sich in den neuen privaten Wirtschaftsstrukturen. Seit 1988 leitet er als Stellvertretender Direktor die Kolchose namens Lenin im Ljubezker Rajon in der Nähe von Moskau. Zur Zeit studiert er an der Fakultät für Außenwirtschaftliche Beziehungen der Akademie für Außenhandel. Im Schattenkabinett der LDPR ist er der Sicherheitsminister.⁴

Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPFR)

Mit 500.000 Mitgliedern - davon 40% aus dem Agrarsektor - in 20.000 Grundorganisationen⁵ ist die am 20. Juni 1990 gegründete und am 24. März 1993 registrierte⁶ KPFR nicht nur die größte der fünf kommunistischen Nachfolgeparteien, sondern die größte politische Partei der Russischen Föderation. Parteivorsitzender ist Gennadij Sjuganow "Gennadij Sjuganow", Jahrgang 1944, der bis 1990 Stellvertretender Leiter der Ideologischen Abteilung des ZK "ZK" der KPdSU und dann Mitglied des Politbüros sowie des Sekretariats des ZK "ZK" der KP und dann Mitglied des Politbüros sowie des Sekretariats des ZK "ZK" der KP und dann Mitglied des Politbüros sowie des Sekretariats des ZK "ZK" der KP und dann Mitglied des Politbüros sowie des Sekretariats des ZK "ZK" der KP war. Als einer der sechs Stellvertreter Sjuganows fungiert⁷ der letzte Parteichef der KP "KP" der RSFSR "RSFSR": Walentin Kupzow "Kupzow",

Sjuganow ist zugleich Vorsitzender der KPFR-Fraktion in der Staatsduma. Die 45 Mitglieder (10,1%) der KPFR-Fraktion setzen sich aus 13 direkt und 32 auf der Parteiliste gewählten Abgeordneten zusammen. Die KPFR-Fraktion stellt einen der vier Stellvertretenden Vorsitzenden der Staatsduma und leitet deren Komitees für Sicherheit sowie für gesellschaftliche Vereinigungen - dazu gehören auch politische Parteien - und religiöse Organisationen.

In ihrem auf dem II. Parteitag am 14. Februar 1993 angenommenen Statut⁷ bekennt sich die Partei zum Leninschen Prinzip des demokratischen Zentralismus. Auf ihrem III. Parteitag verabschiedete die KPFR

¹ Süddeutsche Zeitung, 19.9.1995.

² Izwestija, 5.9.1995.

³ Makarkin, A., Liberal'no-demokratiëskaja partija Rossii, in: Mirovaja konomika i meždunarodnye otnošenija, 4, 1994, S. 66. INDEM-Datenbank Duma, Moskau.

⁴ Barsenkov, A.S./Koreckij, V.A./Ostapenko, A.I. (Hg.), Federal'noe Sobranie Rossii: Sovet Federacii, Gosudarstvennaja Duma. Biografiëskij spravoënik. Moskau 1995, S. 216.

⁵ Izwestija, 9.9.1995.

⁶ Kto est' èto. Politiëskaja Moskva 1994. Bd. 1: Politiëskie partii i bloki, obščestvennye organizacii. Moskau 1994, S. 92 f.

⁷ Ustav Kommunistiëskoj partii Rossijskoj Federacii. Moskau (o.J.).

am 22. Januar 1995 ein Programm¹, in dem sie den Kommunismus als die "historische Zukunft der Menschheit" bezeichnet. Die KPFR läßt sich weiterhin von der "entwickelten marxistisch-leninistischen Lehre" und der "materialistischen Dialektik" leiten. Rußland stehe vor einer folgenschweren Entscheidung. Die jetzige herrschende Klasse versuche, durch Betrug die Völker des Vaterlandes zu einem primitiven Kapitalismus zurückzuführen. Nach der Zerstörung der Sowjetunion drohe das gleiche Schicksal nun der Russischen Föderation. Rußland besitze keine staatliche Souveränität und werde zur Halbkolonie des Westens. Der größte Teil der Bevölkerung verarme. Daraus entwickle sich Widerstand gegen das herrschende System.

Die KPFR schlägt für die weitere Entwicklung Rußlands den sozialistischen Weg vor. Sie will den Staat wieder von den Sowjets leiten lassen. Die Produktion soll durch das Volk kontrolliert werden. Das Außenhandelsmonopol des Staates soll für strategisch wichtige Güter, darunter Rohstoffe, wieder eingeführt werden. Die "Plünderung", wie die KPFR es nennt, des staatlichen Eigentums soll beendet werden.² Die Wahlplattform der KPFR fordert die Bildung einer Regierung der nationalen Rettung und die "Beseitigung der katastrophalen Konsequenzen der Reformen".³

Die KPFR ist politisch weniger geschlossen als die Staatsdumafraktion der Partei. Die KPFR besteht aus folgenden drei Flügeln⁴:

- zu 15% aus orthodoxen stalinistischen Kommunisten,
- zu 75-77% aus Kommunisten mit "gesundem Menschenverstand" - wie sie genannt werden - um Parteichef Sjuganow, die "schauen, was man machen kann", und
- zu 8-10% aus Zentristen, die fast keine Kommunisten mehr sind, weil sie praktisch sozial-demokratische Positionen vertreten.

Das neue Parteiprogramm der KPRF vom Januar 1995 sei so konservativ abgefaßt worden, damit die 15% orthodoxen Kommunisten, die an der Basis sehr aktiv seien, in der Partei bleiben.

Die KPFR will sich keinem Wahlblock anschließen, aber mit der APR sowie mit der vom ehemaligen sowjetischen Regierungschef Nikolaj Ryschkow und dem nationalistischen Staatsduma-Abgeordneten Sergej Baburin geführten Wählervereinigung "Die Macht dem Volk" zusammenarbeiten, aber auch mit der Wählervereinigung "Kongreß der russischen Kommunen", die der ehemalige Sekretär des Sicherheitsrats, Jurij Skokow, gegründet hat. Sjuganow erklärte Mitte September während einer Reise durch den russischen Fernen Osten, daß sich die KPFR und die APR in den Einzelwahlkreisen zu 40% auf für beide Parteien akzeptable Kandidaten geeinigt haben.⁵

Ende August verabschiedete die KPFR ihre föderale Kandidatenliste: Angeführt wird sie von Sjuganow, gefolgt von der ehemaligen Stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjet der RSFSR, Swetlana Gorjatschewa, und dem Vorsitzenden des Gebietsparlaments von Kemerowo, Aman Tulejew. An der Spitze regionaler Kandidatenlisten stehen u.a. Anatolij Lukjanow, ehemaliger Vorsitzender des Obersten Sowjet der UdSSR, der im August 1991 gegen Gorbatschow putschte, und General Walentin Warennikow, der als ehemaliger Oberbefehlshaber der russischen Landstreitkräfte im Oktober 1993 gegen Jelzin putschte.⁶ Die soziologische Aufschlüsselung der KPFR-Kandidaten ergibt folgendes Bild: An erster Stelle rangiert die Gruppe der Direktoren mit 60 Kandidaten, gefolgt von 53 Wissenschaftlern und 34 Arbeitern. Ferner kandidieren für die KPFR zwölf Journalisten und drei Kosmonauten.⁷

Die KPFR hat inzwischen ein Schattenkabinett gebildet. Seine Entscheidung, 1996 für das Amt des Prä-

¹ Pravda, 31.1.1995.

² Vgl. zur KPFR auch: Ignatow, Assen, Ein Scheintod, Die kommunistische Ideologie im postkommunistischen Rußland. Berichte des BIOst, 31, 1995. Urban, Joan Barth, The Communist Movement in Russia Today. Analysen des BIOst, 55, 1995.

³ OMRI Daily Digest I, 28.8.1995.

⁴ Gespräche mit der KPFR-Fraktion der Staatsduma während einer von der DFG geförderten Studienreise vom 14.-27. Mai 1995 in Moskau.

⁵ Segodnja, 19.9.1995.

⁶ Rossijskaja gazeta, 14.9.1995.

⁷ Stimme Rußlands, dt., 28.8.1995.

sidenten zu kandidieren, läßt Sjuganow noch offen. Er wird sie vom Ergebnis seiner Partei bei der Staatsdumawahl abhängig machen.

Agrarpartei Rußlands (APR)

Kommunistische Positionen vertritt in ihrem Programm¹ auch die am 23.-26. Februar 1993 gegründete APR. Die APR - am 9. April 1993 registriert - wurde nur deshalb gebildet, weil nicht abzusehen war, ob es nach dem Verbot der KPdSU im November 1991 gelingen würde, eine schlagkräftige neue Kommunistische Partei aufzubauen, die auch an der Staatsdumawahl 1993 teilnehmen konnte. Die APR zählt 300.000 Mitglieder in allen Föderationssubjekten² und wird von Michail Lapschin geführt, der auch die APR-Fraktion der Staatsduma leitet.

Lapschin wurde 1934 im Altaj geboren und absolvierte in Moskau das Institut für internationale Beziehungen - die Hochschule für den diplomatischen Dienst -, die Akademie für Landwirtschaftswissenschaften und das Moskauer Fremdspracheninstitut. Ab 1961 leitete er eine Sowchose. Nach deren Umwandlung in eine Aktiengesellschaft 1992 nennt sich Lapschin jetzt deren Präsident. Zwischenzeitlich war Lapschin Stellvertretender Vorsitzender der KPRF und dann der linken Sozialistischen Partei der Werktätigen sowie Volksdeputierter der RSFSR.

In der Staatsduma ist die APR mit 55 Abgeordneten oder 12,4% vertreten, von denen 34 direkt gewählt wurden. Die APR stellt mit Iwan Rybkin den Vorsitzenden der Staatsduma. Rybkin - Absolvent des Wolgograder Landwirtschaftsinstituts sowie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU - war 1990 Zweiter Sekretär des Gebietspartei Komitees der KPdSU von Wolgograd mit der Zuständigkeit für Ideologie und 1991 Leiter einer Abteilung des ZK der KP der RSFSR. Im Volksdeputiertenkongreß koordinierte er die Fraktion "Kommunisten Rußlands" und war dann als Stellvertretender Leiter der Hauptverwaltung Wasserwirtschaft im russischen Landwirtschaftsministerium tätig.³

Die APR stellt die Vorsitzenden in den Komitees der Staatsduma für Agrarfragen sowie für Gesetzgebung und Rechtsreform. In der ersten Parlamentskammer hat die APR durch ihre starke Vertretung im Komitee für Agrarfragen die gesamte Landwirtschaftspolitik monopolisiert. Die APR-Fraktion ist im Grunde nichts anderes als eine Lobby ihrer Wähler mit dem einzigen Ziel, Privatisierung auf dem Lande zu verhindern und möglichst viele staatliche Gelder zu bekommen, die hauptsächlich über die Agrar-(Geschäfts)Bank abgewickelt werden. Dies hat zur Folge, daß auf dem Weg von der Regierung zu den Landwirtschaftsbetrieben ein nicht geringer Teil der staatlichen Gelder "verlorengeht", d.h. in privaten Taschen verschwindet. Eigene politische Ziele, die sich von denjenigen der KPRF unterscheiden, verfolgt die APR nicht.

Auf dem Außerordentlichen Parteitag zur Vorbereitung der Staatsdumawahl nannte Lapschin am 5. September 1995 die Wiederherstellung der Sowjetmacht als die wichtigste Aufgabe der APR. Für die kommenden Wahlen bestimmte er folgende Programmziele:

- Bildung einer Regierung des Volksvertrauens,
- Aufbau des agrarindustriellen Komplexes und
- Kampf gegen die Einführung des Privateigentums an Grund und Boden.
- Auf allen Ebenen soll die wahre Volksmacht der Sowjets wieder hergestellt werden.

Die Grundlagen des APR-Wirtschaftsprogramms, die Rybkin maßgeblich mit ausgearbeitet hat, sahen 1993 in der Landwirtschaft noch alle Eigentumsformen vor, auch das Privateigentum.⁴

Als Hauptverbündeten bezeichnete Lapschin die KPFR und als Hauptgegner das von Regierungschef

¹ Programma agrarnoj partii Rossii (APR), in: Dialog, 1, 1995, S. 35-40.

² Belin/Ortung a.a.O. S. 47.

³ Barsenkov/Koreckij/Ostapenko a.a.O. S. 467.

⁴ Agrarnaja partija Rossii. Osnovy konomičeskij programmy. Moskau 1993, S. 69.

Wiktor Tschernomyrdin angeführte neue Wählerbündnis "Unser Haus Rußland".¹ Als Reaktion auf den Vorschlag Tschernomyrdins vom 1. September 1995, ein Referendum über den in der Verfassung garantierten Privatbesitz an Grund und Boden durchzuführen, kündigte Lapschin am 14. September an, eine Kampagne gegen den privaten Besitz von Grund und Boden zu starten.²

Die APR-Liste wird angeführt von Lapschin, gefolgt vom Stellvertretenden Premier Alexander Sawerjucha, der in der russischen Regierung für den agrarindustriellen Komplex zuständig ist, und vom ehema-

¹ Stimme Rußlands, dt., 5.9.1995.

² OMRI Daily Digest I, 15.9.1995.

ligen Volksdeputierten der UdSSR und Putschisten vom August 1991, Wassilij Starodubzew, der verschämt als Vorsitzender der Lenin-Kolchose vorgestellt wird.

Wahlchancen

Welche Chancen haben die drei genannten Parteien bei der Staatsdumawahl am 17. Dezember 1995? Eine repräsentative Umfrage, die das bekannte Moskauer Meinungsforschungsinstitut WZIOM (Allrussisches Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung) im April und Mai 1995 unter 2.000 Bewohnern der Russischen Föderation durchgeführt hat, ergab, daß die LDPR bei der Listenwahl nur noch 10% der Stimmen erhalten würde, was praktisch eine Halbierung des Stimmenanteils von 1993 bedeutet, der 22,8% betrug.¹ Schirinowskij genießt allerdings nach wie vor eine breite Unterstützung bei den Militärs. 15,8% sprachen sich im August 1995 für Schirinowskij aus, 14,1% für Sjuganow (3. Platz) und 10,5% für Lapschin (4. Platz). Diese Werte blieben - verglichen mit einer Umfrage im März 1995 - mit geringfügigen Abweichungen stabil.²

Wie stark inzwischen nostalgische Tendenzen in Rußland geworden sind, von denen vor allem die KPFR profitieren dürfte, ist einer anderen repräsentativen Umfrage zu entnehmen, die im April 1995 das Moskauer Meinungsforschungsinstitut "Obschtschestwennoje mnenije" unter der städtischen und ländlichen Bevölkerung der Russischen Föderation durchgeführt hat.³ 33% plädierten für die Rückkehr zur führenden Rolle einer Partei, die in der UdSSR die KPdSU innehatte (43% waren dagegen, 23% gaben keine Antwort). 43% der Befragten wollten, daß ihre Kinder in einer sozialistischen Gesellschaft aufwachsen (20% in einer kapitalistischen Gesellschaft, 21% gaben keine Antwort und 16% war es egal). Nach einer anderen Umfrage des oben genannten Instituts im März und April 1995 könnte die KPFR ihr Ergebnis von 1993 von 12,4 um 5,1% auf rund 17,5% verbessern⁴, einer WZIOM-Umfrage vom April/Mai 1995 zufolge sogar um 7,8% auf 25,3%.⁵

Selbst wenn diese Umfragen mit aller Vorsicht interpretiert werden, so ist doch nicht zu übersehen, daß von den reformfeindlichen Parteien die KPFR und in ihrem Schlepptau die APR die LDPR auf den zweiten Platz verwiesen haben. Dabei fällt auf, daß die KPFR über ein stabileres Elektorat verfügt als die LDPR: 66% KPFR-Wähler wählen ihre Partei wieder, aber nur 19% der LDPR-Wähler die LDPR (WZIOM-Umfrage vom Juni 1995).⁶ Zugleich würde laut WZIOM-Umfrage Sjuganow von zwei Wanderbewegungen profitieren, vom Elektorat der LDPR und sogar der APR.⁷ Diejenigen Parteien haben demnach Wahlchancen, die nostalgische Sehnsüchte ansprechen und die zugleich die soziale Problematik aufgreifen.⁸

Eberhard Schneider

¹ Sedov, L.A., O pozicijach partij pered vyborami v Dumu, in: VCIOM/INTERCENTR/Akademija narodnogo chozjajstva (Hg.), konomičeskije i social'nye problemy: Monitoring obščestvennogo mnenija. Informacionnyj bjulleten', 3, 1995, S. 11.

² Moskovskie novosti, 59, 1995, S. 6.

³ Segodnja, 7.5.1995.

⁴ Segodnja, 4.8.1995.

⁵ Brym, Robert, Rossijskij izbiratel': dekabr' 1993 g. - april' 1995 g. Vtoraja kommunističeskaja revoljucija? Razmyšlenija kanadskogo sociologa, in: VCIOM/INTERCENTR/Akademija narodnogo chozjajstva (Hg.), konomičeskije i social'nye problemy: Monitoring obščestvennogo mnenija. Informacionnyj bjulleten', 4, 1995, S. 25.

⁶ Segodnja, 11.8.1995.

⁷ Izvestija, 26.7.1995.

⁸ So auch Prof. Boris Orlov, Institut für die wissenschaftliche Information auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften der Russischen Akademie der Wissenschaften am 13.9.1995 in einem Vortrag im BIOst.